

Tagesordnung I Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 17. November 2011

Antrags-Nr. 11-F-03-0060

European Business School (EBS Law School)

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis davon
 - dass die EBS nach Auskunft der Landesregierung Teile der zugewiesenen Landesmittel in Höhe von mindestens 800.000€ nicht ordnungsgemäß verwendet hat und diese vom Land zurückfordert werden:
 - der Präsident der European Business School, Rolf Cremer, öffentlich erklärt hat, dass diese den Forderungsbetrag nicht in voller Höhe zurückzahlen will.
- II. Eine ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Mittel durch die EBS ist derzeit nicht gewährleistet. Darüber hinaus korrespondiert die Kooperation der Organe der EBS nicht mit den derzeitigen erhobenen Vorwürfen, deshalb wird die städtische Bezuschussung für die EBS an das Land Hessen mit sofortiger Wirkung eingefroren.
- III. Der Magistrat wird gebeten,
 - 1. vor diesem Hintergrund die ausstehenden Gelder an die EBS bis zur Klärung der Vorwürfe der unsachgemäßen Verwendung von Landesmitteln nicht auszuzahlen.
 - 2. die Stadtverordnetenversammlung über den Fortgang und das Ergebnis der Ermittlungen zur Klärung der Vorwürfe zu unterrichten.
 - 3. weitere Auszahlungen an ein Votum der Stadtverordnetenversammlung zu binden.

Beschluss Nr. 0564

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2011 betr.

European Business School (EBS Law School)

kommt aus Zeitgründen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2011 zum Aufruf.

Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung Wiesbaden, .11.2011

Nickel

Stadtverordnetenvorsteher

Seite: 1/2

- Stadtverordnetenversammlung -

Seite 2 des Beschlusses 0564 vom 17. November 2011

Der Magistrat -16 -Wiesbaden, .11.2011

Dr. Müller Dezernat I

Oberbürgermeister mit der Bitte um Kenntnisnahme